Hamburger Abendblatt

Chefredakteur: Otto Siemer. Stellv. Chefredakt.: Dr. Hans Hirz. Verlagsleiter: H.H.Schrecknbach, Anzeigenleiter: Rudolph Gothner, Chefs vom Dienst: Dr. W. Hähne, Fred Hansch, Außenpolitik: Heinrich Meske, Innenpolitik: Günther Gentke, Nachrichten: Rudolf Brüning, Lokales und Kommunales: Josef Ollig, Nordwestdeutsche Politik: Georg Zimmermann, Sport: C. F. Mossdorf, Feuilleton: Eberhard von Wiese, Kulturpolitik: W. M. Herrmann, Wirtschaft: Dr. J. Pantenburg, Schiffahrt: Diplom-Volkswirt H. Krolli, Allgemeines: K. Losch, Film: Frauke Selle, Bilder: Karl Grüning jr., Herstellung: Robert Klitsch, alle in Hamburg. Zuschriften an Redaktion Hamburger Abendblatt, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6. — Artikel, die mit Namen oder Initialen des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr.

Reformationstag

Die evangelische Kirche gedenkt heute des Tages, an dem vor 445 Jahren Martin Luther seine 95 Thesen an die Tür der Wittenberger Schloßkirche schlug. Seit Jahrhunderten ist der 31. Oktober ein festumrissener Markierungspunkt im evangelischen Kirchenjahr. Aber könnte es nicht sein, daß heute und in diesem Augenblick der Reformationstag anders gesehen werden müßte?

Nicht weil der Thesenanschlag selbst kürzlich von einigen Forschern in Frage gestellt worden ist. Ob nun Luther seine Aufforderung, öffentlich über den Ablaß zu diskutieren, an die Kirchentür heftete oder sie sonstwie verbreitete, ist im Grunde belanglos. Auch nicht weil die evangelische Kirche sich heute vielleicht stärker als je in ihrer über vierhundertjährigen Geschichte reformbedürftig weiß. Eine Kirche in ihrer irdischen Form bedarf immer der Reform, der Wandlung, der Erneuerung. Sie müßte sonst erstarren.

Die Frage an den Reformationstag kommt heute aus einer anderen Sicht. Luther hat 1517 und noch Jahre danach nicht an die Gründung einer neuen Kirche, an die Trennung von Rom gedacht. Er war ja selbst Katholik, wie er lutherische Landesbischof von Hannover, Lilje, erst kürzlich wieder gesagt hat. Eigentlich eine müßige, eine überflüssige Aussage. Was hätte Luther denn sonst sein sollen? Den Bruch mit Rom hat er erst nach langem Ringen und unter schwerer Gewissensnot vollzogen. Aber ist dieser Bruch das letzte Wort?

Wer nur ein wenig die Kirchengeschichte der letzten Jahrzehnte verfolgt hat, wird mit Erstaunen vor allem eines feststellen müssen: die getrennten christlichen Kirchen gehen wieder aufeinander zu. Das gilt für die Kirchen der Reformation. Ihr Bund, die Ökumene, ist eine Wirklichkeit. Seit gut einem Jahr, seit der Weltkirchenkonferenz in Neu-Delhi, gehören ihm auch die großen orthodoxen Kirchen an, die sich schon Jahrhunderte früher von Rom gelöst hatten. Aber auch die katholische Kirche sucht offensichtlich die umfassende christliche Gemeinschaft. Die Frage nach der „Einheit der Christen" steht im Zentrum des Zweiten Vatikanischen Konzils. Sie wird auch, wie immer das Konzil ausgehen mag, weiter auf den Tischen des Vatikans bleiben.

Man soll sich gewiß durch den Ausdruck „Einheit der Christen" nicht täuschen lassen. Er ist möglicherweise nicht glücklich gewählt, er ist vielleicht sogar schief. Die Einheit der Christen, soweit sie überhaupt in die Macht der Menschen gegeben ist, steht nicht vor der Tür. Die Reformation läßt sich nicht rückgängig machen, auch nicht die katholische Gegenreformation.

Aber die Trennung, die auf den 31. Oktober 1517 zurückgeht, beginnt an Schärfe zu verlieren. Brücken, die über den Graben führen können, scheinen sichtbar zu werden. Ein besseres Miteinander, eine ehrliche, vielleicht sogar hilfreiche „Koexistenz" der Kirchen zeichnet sich als Möglichkeit am Horizont ab.

Es ist nicht vornehmlich die Erfahrung einer veränderten Welt, das enge Aneinanderrücken der Völker und Kontinente, das die Kirchen auf diesen Weg weist. Ebensowenig ist es allein die weitreichende Entchristlichung unserer Zeit, die die Kirchen mahnt, das Trennende nicht länger überzubewerten. Es ist vor allem die Frage an die Glaubwürdigkeit der Christen selbst, die sie zur Besinnung auf den gemeinsamen Glaubensgrund ruft.

Darum kann man es getrost am Reformationstage sagen, ja, man muß es sogar sagen: die getrennten Christen, die wieder aufeinander zuzugehen beginnen, gehorchen damit nur ihrem Herrn, der ihnen gebot, eins zu sein.

Chinesischer Vormarsch im Nordostgrenzgebiet gestoppt

Inder treten zum Gegenangriff an / Schneefälle im Himalaja

Deutsche Presse-Agentur - ap - upi

Neu-Delhi, 31. Oktober

Zum erstenmal seit Beginn der chinesischen Invasion am 20. Oktober ist die indische Armee in den letzten 24 Stunden an der Nordostgrenze zum Gegenangriff angetreten. Nach dem letzten Lagebericht besteht der Eindruck, daß die indischen Truppen die chinesische Angriffsoperation an mehreren Stellen gestoppt haben.

Im Kampfgebiet haben bereits die ersten Schneefälle eingesetzt. Trotzdem gingen die indischen Sturmtruppen, zum erstenmal von Artillerie und schweren Granatwerfern unterstützt, im Gebiet der am Mittwoch aufgegebenen Klosterstadt Tawang und in der Nähe der burmanischen Grenze im Raum von Walong vor. Bei Tawang konnten die Inder das an der strategisch wichtigen Jeep-Straße liegende Dorf Jang zurückerobern.

Aus Großbritannien ist gestern eine neue Lieferung von Maschinengewehren und Granatwerfern in Indien eingetroffen. Die Waffen wurden sofort über eine Luftbrücke in die Kampfgebiete geflogen.

Washington hat zugesagt, man werde die indische Waffenanforderung so schnell wie möglich prüfen.

Die Sowjetregierung dagegen hat Neu-Delhi gestern offiziell mitgeteilt, daß die zwei Staffeln sowjetischer Düsenjäger vom Typ „MIG 21", die im Dezember in Indien eintreffen sollten, „nicht verfügbar" seien. Moskau hat damit den vor Beginn der chinesischen Aggression geschlossenen Liefervertrag gebrochen.

Die zehn indischen Piloten, die zur Ausbildung an den MIG-Jägern in die Sowjetunion geschickt worden waren, sind von den Sowjets mit der lakonischen Mitteilung, „die Ausbildung sei leider nicht mehr möglich", zurückgeschickt worden.

Diese letzte sowjetische Entscheidung dürfte wahrscheinlich das Ende der Karriere des sowjetfreundlichen indischen Verteidigungsministers Krischna Menon bedeuten. Alles deutet auf seinen Rücktritt in den nächsten Tagen hin.

Funkbild vom indischen Kriegsschauplatz: Sanitäter tragen Verwundete zu einem indischen Hubschrauber

Zum erstenmal haben jetzt auch prominente Mitglieder des Fraktionsvorstandes der regierenden Kongreßpartei Nehru dringend aufgefordert, sich von seinem seit langem umstrittenen Schützling und Vertrauten zu trennen.

Unter Einschaltung der USA und Großbritannien bemüht sich Nehru zur Zeit lebhaft um ein Gentlemans-Agreement mit Pakistan, daß es die gespannte Situation im Himalaja nicht dazu benutzt, den von ihm beanspruchten, heute indischen Teil Kaschmirs militärisch zu erobern. Eine derartige Zusage würde etwa 500 000 indische Soldaten für die Abwehr des chinesischen Angriffs freimachen.

Pakistans Staatspräsident Ajub Khan soll das Ersuchen aber bisher kühl mit dem Hinweis abgelehnt haben, zunächst müsse Nehru das umstrittene Kaschmir-Gebiet räumen und es einer UNO-Besatzungstruppe unterstellen. Pakistan hat in jüngster Zeit besonderen Wert auf die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen mit dem kommunistischen China gelegt.

Amrehn unterrichtet den Kanzler

Von unserer Berliner Redaktion

b. Berlin, 31. Oktober

Unmittelbar nach einer gestrigen Sitzung des Berliner Senats ist Bürgermeister Amrehn nach Bonn geflogen, um Bundeskanzler Dr. Adenauer über die Wünsche Berlins für dessen Konferenz mit Präsident Kennedy in der kommenden Woche zu unterrichten.

Nach der Entspanung der Kuba-Krise ist in Berlin die Sorge gewachsen, daß die Stadt schon in nächster Zeit einer neuen politischen Offensive Moskaus ausgesetzt sein werden könnte. Die Stadt hat gestern intensive Bemühungen eingeleitet, um den Westen in der Frage der Gegenmaßnahmen bei einer etwaigen erneuten Machtprobe zwischen Ost und West in Berlin auch in Details festzulegen.

Heute vormittag ist der Regierende Bürgermeister Brandt nach London geflogen, um mit dem britischen Premierminister Macmillan und Außenminister Lord Home über Berlin zu reden. Am Montag, einen Tag vor der Abreise des Kanzlers nach Washington, wird Brandt in Bonn mit Dr. Adenauer zusammentreffen.

Die Bemühungen des Berliner Senats konzentrieren sich zur Zeit darauf, den uneingeschränkten Zugang nach Berlin zu sichern. Der Berliner Senat möchte gern, daß die Bundesrepublik und die Westmächte einen Stufenplan wirtschaftlicher Repressalien gegen die Zone und gegen den gesamten Ostblock ausarbeiten für den Fall, daß sich die Berliner Situation zuspitzen sollte.

Innensenator Albertz erklärte gestern, er hoffe, daß die Fragen des Zugangs von und nach Berlin mit „bürokratischer Genauigkeit" bis ins letzte Detail zu Papier gebracht würden. Er regte an, nach Möglichkeiten zu suchen, die ähnlich wie vor dem Krieg im Ostpreußenverkehr plombierte Züge sowie bestimmte Regelungen im Straßenverkehr vorsehen könnten.

Niemand will Verhaftung von Ahlers veranlaßt haben

Fall des „Spiegel"-Redakteurs undurchsichtig

Von unseren Redaktionen

Bonn/Hamburg, 31. Oktober

Immer undurchsichtiger und geheimnisvoller wird der Fall der Festnahme des stellvertretenden Spiegel-Chefredakteurs Conrad Ahlers. Niemand will die „Aufbringung" des Redakteurs in seinem spanischen Urlaubsort veranlaßt haben. Ahlers, Autor des umstrittenen Foertsch-Artikels im Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel", ist inzwischen in den Hamburger Raum gebracht worden. Er soll sich zur Zeit noch im Gerichtsgefängnis von Ahrensburg befinden.

Der Rechtsvertreter des Spiegel-Verlegers, Rechtsanwalt Dr. Augstein, hat bekanntgegeben, ihm sei von der Bundesanwaltschaft versichert worden, daß Ahlers in Spanien nicht auf Veranlassung der Bundesanwaltschaft festgenommen worden sei. Augstein wies darauf hin, daß Ahlers und seine Frau nach ihrer Festnahme in unwürdiger Weise behandelt worden seien.

Es war in der Nacht zum Sonnabend um drei Uhr, als Ahlers und seine Frau im Hotel ihres Urlaubsortes Torremolinos bei Malaga von drei spanischen Polizisten geweckt wurden. Nachdem das Ehepaar die Pässe vorgezeigt hatte, wurde es ohne Angabe von Gründen aufgefordert, mitzukommen.

Ahlers und seine Frau haben den Rest der Nacht in der Polizei-Direktion von Malaga in einer völlig verschmutzten kleinen Zelle verbringen müssen, in der sonst Betrunkene zur Ausnüchterung einquartiert werden.

Frau Ahlers ist am Morgen des Sonnabends auf freien Fuß gesetzt worden. Von der Polizei in Malaga erfuhr sie, daß die Festnahme von Madrid aus angeordnet worden sei. Die Behörde in Malaga wisse jedoch nicht den Grund. Durch eigene Initiative erst hat sich dann Frau Ahlers darüber informieren können, was ihrem Mann eigentlich vorgeworfen werde.

Conrad Ahlers hat auf diese Weise erst am Sonnabendnachmittag durch die Aktivität seiner Frau von der deutschen Botschaft in Madrid erfahren, daß seine Festnahme im Zusammenhang mit der Aktion gegen den Spiegel stehe. Auf Vorschlag der Botschaft und des deutschen Konsuls in Malaga unterschrieb Ahlers eine Erklärung, daß er freiwillig in die Bundesrepublik zurückkehren wolle. Am Sonntag wurden er und seine Frau dann unter Polizeibewachung zum Flughafen von Malaga und von dort nach Madrid gebracht.

Ein Sprecher des spanischen Außenministeriums hat inzwischen auf Anfrage ausdrücklich erklärt, daß Ahlers auf Grund eines Ersuchens der „Internationalen Polizei-Organisation" (Interpol) festgenommen worden sei. Aus Kreisen der deutschen Botschaft in Madrid wird das bestätigt.

Demgegenüber erklären jedoch Bundesanwaltschaft und die zuständigen Bonner Stellen übereinstimmend: Interpol war nicht eingeschaltet!

Den zuständigen Stellen in Bonn ist die ganze Angelegenheit überaus peinlich, da sich der Verdacht von Stunde zu Stunde verstärkt, daß hier nicht ganz korrekt gehandelt worden sei.

Die Bundesanwaltschaft gibt zwar zu, daß man ursprünglich an die Einschaltung Interpols gedacht habe. Der mit dem Fall betraute Bundesanwalt Kuhn habe aber davor gewarnt, weil es sich nicht um ein kriminelles Delikt handele und politische Delikte ausdrücklich nicht in den Zuständigkeitsbereich von Interpol gehören.

Die große Frage in Bonn lautet zur Stunde daher: Welcher andere Draht kann zwischen Bonn und Madrid gesnielt haben? Der des Auswärtigen Amtes? Ein Sprecher des Amtes: „Wir haben mit der Sache gar nichts zu tun!" Demgegenüber steht aber fest, daß die deutsche Botschaft in Madrid bei der Rückführung von Ahlers beteiligt gewesen ist und sich von ihm eine schriftliche Erklärung hat geben lassen, daß er freiwillig in die Bundesrepublik zurückkehren wolle.

Die Väter der Studenten

United Press International

München, 31. Oktober

Eine vom bayerischen statistischen Landesamt vorgenommene soziologische Aufschlüsselung der Eltern der fast 45 000 deutschen Studenten an bayerischen Hochschulen im Wintersemester 1961 zeigt, daß über 16 000 Väter, also beinahe zwei Fünftel Akademiker sind.

Bei den übrigen 28 000 Vätern nehmen die nicht akademischen Beamten weit über 8000 die erste Stelle ein. Dann folgen nahezu 8000 Angestellte und 6000 Handels- und Gewerbetreibende. Über 2500 Studentenväter waren Arbeiter und über 900 selbständige Bauern.

Politischer Unterricht für US-Soldaten

Associated Press

Washington, 31. Oktober

Verteidigungsminister McNamara hat angeordnet, daß künftig alle amerikanischen Soldaten und Offiziere politischen Unterricht bekommen.

Zu den wichtigsten Themenkreisen gehören die nationale Politik der fremden Länder, in denen amerikanische Truppen stationiert sind, sowie Ideologie und Praxis des Kommunismus.

Englands Beitritt Anfang 1964 erwartet

Deutsche Presse-Agentur

London, 31. Oktober

England Beitritt zur EWG wird wahrscheinlich am 1. Januar 1964 in Kraft treten. Das kündigte der irische Ministerpräsident Lemass an, dessen Land dann ebenfalls in den Gemeinsamen Markt aufgenommen werden dürfte.

Lemass: „Sollten die Verhandlungen mit England scheitern, dann wäre für alle Beteiligten eine völlig neue Situation geschaffen."

Zollkontrollen weiter erleichtert

Deutsche Presse-Agentur

Brüssel, 31. Oktober

Die Zollkontrollen, die beim Reiseverkehr innerhalb der sechs EWG-Länder schon bisher oft sehr großzügig gehandhabt wurden, sollen noch weiter erleichtert werden.

Für die Einfuhr von Kleinsendungen nichtkommerziellen Charakters soll „eine sehr liberale" Gemeinschaftsregelung eingeführt werden. Dies beschlossen die Leiter der sechs Zollverwaltungen in Brüssel.

Konzildauer zwei Jahre?

Beratungen brauchen Zeit / Die Frage der Kommunion

Deutsche Presse-Agentur - upi

Rom, 31. Oktober

Im Vatikan wird damit gerechnet, daß das Vatikanische Konzil möglicherweise 1 Jahre dauert. Bisher glaubte man angemein, das Ende der Kirchenversammlung für Dezember 1963 erwarten zu können.

Das Tempo der Arbeiten des Konzils war bisher recht schleppend. Die Mahnungen des Präsidiums an die Konzilsväter, sich äußerst kurz zu fassen und nichts zu wiederholen, was andere bereits gesagt haben, haben offenbar wenig genutzt.

Auf der zehnten Generalkongregation im Petersdom wurde gestern von vielen Bischöfen eine Erweiterung des Verkündigungsteiles der Messe, der sogenannten Vormesse, empfohlen. Die Bibellesungen sollen vermehrt werden.

Weiter wurde die Frage der Austeilung der Kommunion in beiderlei Gestalt — Brot und Wein anstelle von nur Brot — erörtert. Sie wird für besonders feierliche Anlässe, zum Beispiel für Brautmessen, erwogen. Zum Unterschied zu den meisten protestantischen Kirchen und einigen Ostkirchen wird bei der Kommunion den Gläubigen nur Brot gereicht, während der Wein dem Geistlichen vorbehalten bleibt.

Ein indischer Erzbischof setzte sich dafür ein, daß die katholische Kirche gesunde örtliche Traditionen in ihr eigenes Leben aufnehme. Indien sei ein frohes Land, und auch die Christen Indiens sollten die Feste ihres Volkes mitfeiern können, die ja heute längst keine heidnischen Feiern mehr seien, sondern reine Volksfeste. Weiter sollten bei der Spendung der Sakramente örtliche Bräuche weitgehend berücksichtigt werden. Den Indern sei das Symbol des Ringes unbekannt, und deshalb verständen sie auch die christliche Trauung nicht. Hier müßten indische Symbole an die Stelle des Ringes treten, etwa die Verknüpfung der Enden der Gewänder der Frau mit denen der Gewänder des Mannes zu einem Knoten.

Vor den Postämtern des Vatikans standen gestern lange Schlangen. Zum erstenmal wurden die aus Anlaß des Konzils herausgegebenen Sonderbriefmarken verkauft.

Haushaltsvorstand sind Unternehmer

Deutsche Presse-Agentur

Kassel, 31. Oktober

Haushaltsvorstände, die in ihrem Privathaushalt Hausgehilfinnen beschäftigen, sind nach einer Entscheidung des Bundessozialgerichtes in Kassel als beitragspflichtige Unternehmer anzusehen. (Aktenzeichen 2 RU 270/59)

Auslandszeitungen meinen

Ein neues Element / Raketen kann man nicht essen

Die ausländischen Zeitungen untersuchen weiter, welche Aspekte die Entschärfung der Kuba-Krise für die gesamte Politik haben kann.

The New York Times.

Die amerikanische „New York Times" meint:

„In die Vereinbarungen zur Regelung der Kuba-Frage hat Ministerpräsident Chruschtschow ein neues Element hineingebracht, das von großer Bedeutung sein könnte. Er hat nicht nur einer atomaren Abrüstung für Kuba zugestimmt, sondern er hat das Übereinkommen zum Gegenstand einer Inspektion durch die Vereinten Nationen, und damit zum Gegenstand einer internationalen Kontrolle gemacht. Nachdem Chruschtschow das Prinzip einer internationalen Inspektion auf dem Gebiet akzeptiert hat, kann und sollte er — wie Premierminister Macmillan in einer Rede feststellte — bereit sein, eine derartige Inspektion auch in anderen Gebieten, insbesondere auf sowjetischem Boden, zu akzeptieren, da die Forderungen des Westens nach einer Inspektion auf ein absolutes Minimum herabgesetzt worden sind."

New York Herald Tribune

Über Fidel Castros Position schreibt die „New York Herald Tribune":

„Castro hat Kuba sehr schlecht geführt. Er hoffte, von seinem großen Genossen Chruschtschow aus dieser Lage gelöst zu werden, der ihm bedeutende Wirtschaftshilfe schickte. Aber der sowjetische Vorrat an Wirtschaftsgütern ist nicht unerschöpflich, und es gibt keinen Beweis in der kommunistischen Welt, daß die sowjetische Technik Kubas brennende wirtschaftliche Probleme lösen kann. Daher haben die Russen ihre Raketen geschickt. Kuba kann zwar keine Raketen essen, aber als Symbol der Macht des kommunistischen Lagers waren sie außerordentlich nützlich. Die Sowjetunion hat den USA die Entfernung dieser Raketen und die Zerstörung der Rampen zugesagt. Castro muß daher entscheiden, ob er die Lage akzeptiert, wie Chruschtschow es getan hat, oder ob er, ohne Hoffnung, dagegen ankämpfen will. Er hat mehr verloren als Chruschtschow, und er ist in der Gefahr, noch mehr zu verlieren."

Neue Zürcher Zeitung

Ein Kommentar der „Neuen Zürcher Zeitung":

„Dabei kann man heute, zurückblickend, feststellen, daß die Politik und Strategie der Festigkeit, wie sie im Falle Kuba angewendet worden ist, am meisten Erfolg verspricht, wenn man sie dann anwendet, wenn die äußeren Umstände sie ausgesprochen begünstigen. Ein so erzielter Erfolg kann dann dauernde und allgemeine Wirkungen erzielen. Mit anderen Worten: durch den Widerstand gegen die Festsetzung der Sowjetunion in der westlichen Hemisphäre ist für die Zukunft von Berlin vielleicht mehr erreicht worden, als durch Maßnahmen an Ort und Stelle hatte erzielt werden können."

THE TIMES

Etwas kritisch äußert sich die unabhängige britische „Times" über Berlins Regierenden Bürgermeister Willy Brandt:

„Es scheint, daß es Brandt bei seinem jüngsten Besuch in Washington gelungen ist, die amerikanische Regierung davon zu überzeugen, daß sie in ihm die Tatkraft und Initiative finden kann, die sie vergeblich in Bonn gesucht hat. Es bleibt fraglich, ob es klug ist, wenn die Amerikaner die Vorstellung unterstützen, daß es in Deutschland zwei Außenminister gibt. Aber Brandt, ermutigt von seiner Umgebung, ist nur zu bereit, die ihm zugewiesene neue Rolle zu spielen. Es gibt jedoch zunehmende Kritik in Berlin in bezug auf seine wachsende Beschäftigung mit Gipfeltreffen und seinen Ehrgeiz, die Rolle eines Weltstaatsmannes zu spielen. Man sagt, daß er so damit beschäftigt ist, in der Welt herumzureisen und ausländische Delegationen zu empfangen, daß er nicht die Zeit und Energie für die ordnungsgemäßen Verwaltungsaufgaben in Berlin hat ..."

DIE MEINUNG DER LESER

Diese Zuschriften geben lediglich die Meinung der Einsender wieder. Kürzungen vorbehalten.

Olympische Finanzsorgen

Liebes Hamburger Abendblatt!

In der Wochenend-Ausgabe vom 27./28. Oktober fordert Georg H. Meurer Jungen und Mädel auf, mit Restposten an Devisen aus dem letzten Urlaub und mit Klassensammlungen die Vorbereitung und Reise der deutschen Sportler an den Tokioter Olympischen Spielen 1964 mit zu finanzieren. Er regt an, die Kinder mögen den Inhalt ihrer Spardosen opfern!

Reise und Kleidung für Tokio sind laut Mitteilung des NOK bereits gesichert. Wenn man Geld zur optimalen Vorbereitung unserer Athleten braucht, dann sollten jene 150 Jugendlichen, die — vorwiegend aus Bundesmitteln finanziert — ausersehen sind, ein olympisches Jugendlager in Tokio zu frequentieren, zunächst einmal freiwillig auf diese Reise verzichten. Schon in Rom 1960, wo sich die Bundesrepublik als einziger Staat einen solchen Luxus leiste, erregte diese Demonstration des deutschen Wirtschaftswunders bei allen kleinen Nationen Ärgernis, die nicht einmal die Mittel zur Teilnahme wirklich qualifizierter Olympiakämpfer aufbringen konnten.

Im übrigen lehnen viele Sportprominente diese mit falschem Zungenschlag bei einer Münchner Fernsehsendung geborene olympische Bettelei um Geld ab, die Anlaß zu der Betrachtung Georg H. Meurers war. Eine Publicity-Angelegenheit — meine ich —, für die uns unsere Kinder und ihr „Sparschweinchen" zu schade sein sollten.

Mit freundlichem Gruß

Peter Heusen, Hbg. 33

Platz im Winter

Folgenden Vorschlag möchte ich zur Linderung der Parkplatznot machen: Viele Garagenbesitzer lassen ihren Wagen den ganzen Winter über aufgebockt in der Garage stehen. Der Platz vor der Garage bleibt also, obgleich er vom zuständigen Benutzer gar nicht in Anspruch genommen wird, den Vorschriften nach für andere Autofahrer tabu. Wie wäre es nun, wenn in solchen Fällen eigens ein Hinweis angebracht wird, daß der Platz als Parkraum zur Verfügung steht?

Werner Krauss, Blankenese

BUNTE WELT

Erhard in Paris

Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard traf gestern zu Besprechungen mit dem französischen Ministerpräsidenten Pompidou und Finanzminister Giscard in Paris ein.

Stikker wieder gesund

NATO-Generalsekretär Stikker hat zwei Operationen gut überstanden und wird in der nächsten Woche das amerikanische Walter-Reed-Krankenhaus verlassen.

Wieder Rassenkrawalle

Mit Knallfröschen Eiern und handgefertigten „Molotow-Cocktails" wurden am Montag Soldaten auf den Gelände der Universität Oxford in Mississpipi (USA) von Studenten beworfen. Die Soldaten sind dort zum Schutze des Negerstudenten James Meredith stationiert. Wegen der Aufnahme Merediths an der Universität war es vor einigen Wochen zu schweren Zusammenstößen gekommen.

Attentäter verurteilt

Ein indonesischer Major wurde am Montag vor einem Militärgericht in Djakarta wegen Mordversuchs an Präsident Sukarno zum Tode verurteilt. Der Major hatte im Januar eine Granate auf den Präsidenten geworfen und dabei vier Menschen getötet.

Deutscher Terrorist?

Der deutsche Staatsbürger Heinz Schneider aus Gratz am Inn, der in Livorno von der italienischen Polizei unter dem Verdacht an Bombenanschlägen beteiligt gewesen zu sein

GLORIA-MEHL

verhaftet worden war, hat bisher noch kein Geständnis abgelegt. Waffen und Sprengstoff, die in seinem Gepäck gefunden wurden, erklärte er damit, daß er ein Waffenfreund sei.

Britischer Zerstörerbesuch

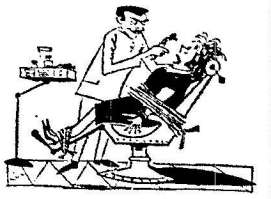
Mit 17 Offizieren und 268 Unteroffizieren und Mannschaften an Bord wird am Freitag der britische Zerstörer „Agincourt" Flensburg anlaufen und bis zum 8. November festmachen.

In Algier eingetroffen

Der erste Botschafter der Sowjetunion in Algerien, Alexander Abramow, traf in dieser Woche in Algier ein, um seinen Posten anzutreten.

Versuchsobjekt

Nach nur achtwöchiger Ehe ließ sich Madame Breveuil in Lyon wieder von ihrem Mann scheiden. Das Gericht sprach dem Ehemann, einem jungen Zahnarzt, die Alleinschuld

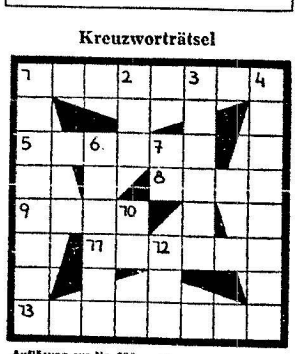


zu, weil er nach Eröffnung seiner Praxis, eine Woche nach der Heirat, in Ermangelung anderer Patienten, seiner Frau drei gesunde Backenzähne gezogen und elf weitere Zähne völlig unnötig plombiert hatte.

Selbsthilfe

In der amerikanischen Kleinstadtzeitung „Wildring News" wurde ein gewisser Mr. Allan Williams öffentlich gelobt, weil er seiner Nachbarin, die nicht mehr rechtzeitig ins Krankenhaus gelangte, mit Erfolg half, ein Mädchen zur Welt zu bringen. In der Notiz hieß es, Mr. Williams ist Vorsitzender des Bastelklubs „Do it yourself" (Mach' es selber).

Kreuzworträtsel



Auflösung aus Nr. 254

S	A	G	E	O	P	E
A	N	U	R	R	E	
		A	R	A	B	I	E	N
E	R	N		N	E	T
O	A	L	E	K	T	
D	E	K	E	R	E	D	E
A	L	O	E		U	N	K

Waagerecht: 1 Lehre von den wissenschaftlichen Verfahren, 5 Zahlenzeichen, 8 heftiger Stier der alten Ägypter, 9 Gewürz, 11 Satzung, 13 Stadt in Frankreich.

Senkrecht: 1 Halb-, Zwischengeschoß, 2 bäuerliches Anwesen, 3 Stadt in Estland, 4 Kästchen für Wertsachen, 6 Haarschneider, 7 orientalische Gottheit, 10 Abkürzung für „Sankt", 12 Hafen in Süd-Finnland (alte Bereichnung), (o = ein Buchstabe).

Verlag, Redaktion: 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilh.-Str. 6. Geschäftsstellen: 2000 Hbg. 36, Gänsemarkt 53, u. 2000 Hamburg 1, Mönckebergstr. 5. Sa.-Nr. 349191 (Durchwahl: 34 91 9 ...). Telegr.: Abendblatt, Fernschreiber-Sammel-Nr. 021 18 98, Berliner Red.: Mariendorfer Damm 1/3, Tel. 70 18 34. Bonner Red.: Wilhelm-Spiritus-Ufer 4, Haus 2a, Tel. 2 61 81. Frankfurter Red.: Frankenallee 71/81, Tel. 33 38 51/54. Essener Red.: Sachsenstr. 36, Tel. 2 19 41. Verlag u. Druck: Axel Springer & Sohn, Hamburg. Postscheckkonto: Verlagsanz. Inlandpreise: Frei Haus mtl. 4,35 DM (einschließl. 35 Pf Exp.-Kosten u. 55 Pf Zustellgeb.). Selbstabholg. 3,95 DM. Postbezug 4,01 DM (einschl. 83 Pf Beförderungsgebühr zuzüglich 54 Pf Zustellgeb. Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder bei höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Anzeigenpreisliste Nr. 19. — Postscheckkonto: Vertrieb u. Abonn. Hamburg 3264, Anz. Hamburg 142 00